

**Zeitschrift:** Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

**Herausgeber:** Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

**Band:** 21 (1971)

**Heft:** 1/2

**Buchbesprechung:** Der Staat Hitlers [Martin Broszat] / Der Zweite Weltkrieg [Lothar Gruchmann] / Das geteilte Deutschland [Thilo Vogelsang] / Konflikte der Weltpolitik nach 1945. Der Kalte Krieg [John Lukacs] / Europa zwischen Aufbruch und Restauration [Wolfgang Wagner]

**Autor:** Schläpfer, Rudolf

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

trum immer noch bereit, mit Hitler in loyaler Weise zusammenzuarbeiten und auf diese Weise die schädlichen Auswüchse des Nationalsozialismus zu bekämpfen. So protestierte es gegen den offenkundigen Terror, stimmte aber dennoch dem Ermächtigungsgesetz zu. Hitler nützte den Willen des Zentrums zur Zusammenarbeit zu seinen Gunsten aus.

Das Konkordat Hitlers mit dem Vatikan im Jahre 1933 versetzte dem Zentrum schliesslich den Todesstoss; denn durch dieses Konkordat sollten die Rechte der katholischen Kirche gesichert werden um den Preis der Auflösung der Zentrumspartei; Vizekanzler Papen legte dabei Wert auf Eingliederung des politischen Katholizismus in den neuen Staat, während dem Zentrumspräsidenten, Prälats Kaas, wie Hitler, Mussolinis Beispiel (Wiederherstellung des Kirchenstaates gegen Auflösung des katholischen Partito Popolare) als Vorbild diente. Das Bestreben ehemaliger Angehöriger des Zentrums, auch nach der Auflösung dieser Partei im neuen Staat bei aller Betonung der völkischen Einheit dem Recht und den christlichen Grundsätzen zum Durchbruch zu verhelfen, erwies sich als illusorisch.

Junker ist es gelungen, auf Grund eines eingehenden Studiums der Quellen und der Literatur die Politik der Zentrumspartei in der entscheidenden Phase von 1932–1933 darzustellen und zu deuten. Dass es dabei zu Wiederholungen einzelner Gedanken und Fakten kommt, ist unvermeidlich. Dem Verfasser kommt das Verdienst zu, die Schwächen der Zentrums politik offen darzulegen, sie aber auch zu erklären und verständlich zu machen und somit die innere Logik des Untergangs dieser Partei aufzuzeigen.

*Solothurn*

*Hellmut Gutzwiller*

- MARTIN BROSZAT, *Der Staat Hitlers*. München, dtv, 1969. 473 S. (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 9.)
- LOTHAR GRUCHMANN, *Der Zweite Weltkrieg*. München, dtv, 1967. 526 S. (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 10.)
- THILO VOGELSANG, *Das geteilte Deutschland*. München, dtv, 1966. 287 S. (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 11.)
- JOHN LUKACS, *Konflikte der Weltpolitik nach 1945. Der Kalte Krieg*. Aus dem Amerikanischen übersetzt von U. BETHKE. München, dtv, 1970. 307 S. (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 12.)
- WOLFGANG WAGNER, *Europa zwischen Aufbruch und Restauration*. München, dtv, 1968, 343 S. (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 14.)

Die dtv-Weltgeschichte hat bei all ihren unbestreitbaren Vorzügen den grossen Nachteil, dass sie vor allem deutsch, in zweiter Linie europäisch, keinesfalls aber universal orientiert ist. So gibt es – um nur ein Beispiel zu nennen – sieben Bände über Europa von 1914 bis 1945, aber keine Darstellung der südamerikanischen Geschichte!

*Martin Broszat*, ein ausgewiesener Kenner der neuesten deutschen und vor allem nationalsozialistischen Geschichte, steuert zu dieser «Weltgeschichte»

eine hochinteressante und umfangreiche politologische Studie über Aufbau, Struktur und Entwicklung des nationalsozialistischen Staatsapparates bei. Aus verlegerischen Gründen verzichtet Broszat auf Vorgeschichte und ideengeschichtliche Darstellung der nationalsozialistischen Bewegung wie auch auf die aussenpolitischen Aspekte. Übrig bleibt ein detaillierter, vom Personellen her äusserst ergiebiger Versuch zur Charakterisierung des Hitler-Staates, der zahlreiches, bis dahin noch unbekanntes Material erschliesst. Broszat korrigiert dabei die weitverbreitete Ansicht, dass der Staat Hitlers ein gigantisches, «machiavellistisch durchrationalisiertes», mit modernem Management zentralistisch gesteuertes Gebilde gewesen sei, und versucht im Gegensatz zu diesem Begriff vom «Totalitarismus» dessen «dualistische Natur» zu betonen. («Staat und Partei, Reichsregierung und Führerabsolutismus, autoritäre Rechtsordnung und Gestapo-Willkür, Regierungszentralismus und Partei-Partikularismus.») Dieser Dualismus hat seine Ursache in der mangelhaften und keineswegs konfliktfreien Integration einer irrationalen, kämpferisch-revolutionären «Bewegung» ohne klares Programm in den von ihr eroberten Staat. Die Folge davon war zunächst das erfolgreiche, aber konzeptionslose und opportunistische Zusammenarbeiten Hitlers mit der antidemokratisch-autoritären Opposition der Weimarer Republik, die er durch teilweise grosszügiges Gewährenlassen und durch Opferung gewisser sozialistischer und kämpferischer Komponenten seiner Bewegung für seinen Staat zu gewinnen verstand. Nach dieser Periode der Konsolidierung kam aber 1937/38 die durch verschiedene Umbesetzungen in der ganzen Staatsspitze gekennzeichnete Wandlung zurück zum ideologisch vorgezeichneten kämpferisch-aktivistischen NS-Staat, der den Hemmschuh der konservativ-autoritären Schicht abzuschütteln gewillt war. Die folgende Periode bis zum Zusammenbruch ist gekennzeichnet durch eine immer stärkere Entmachtung der staatlichen Organe, die überwuchert und verdrängt wurden durch parteigebundene oder führerunmittelbare Sonderorgane und untergeordnete Dienststellen mit Sondervollmachten, so dass der Staat bald zu einem unübersehbaren «organisatorischen Dschungel» wurde. Hand in Hand und als Folge davon steigerte sich vor allem seit Ausbruch des Krieges auch der «quantitative Umfang der ausserrechtlichen Gewaltanwendung».

Darstellungen des Zweiten Weltkriegs werden – sofern es sich nicht um politische Memoirenliteratur handelt – leider vielfach von einem einseitig strategisch-militärtechnischen Blickwinkel geschrieben. Vom Standpunkt Roosevelts, wonach im Krieg die Politik möglichst wenig zu suchen habe, ist aber zumindest in der recht umfangreichen und interessanten Darstellung des Münchner Historikers *Gruchmann* wenig zu spüren, da er besonders die internationale Politik als eine Hauptvoraussetzung für das Verständnis der militärischen Aktionen in den Vordergrund stellt. Ob dabei allerdings nicht gerade der deutschen Kriegführung und der Politik Hitlers allzuviel Gewalt angetan wird, bleibe dahingestellt wie z. B. auch die

Frage, ob der Russlandfeldzug tatsächlich ein Schachzug in der Kriegführung gegen England war (nämlich zur Ausschaltung dessen «Festlanddegens Sowjetunion») und nicht doch eher ein antibolschewistisch verbrämter Vorstoss zur Gewinnung von Lebensraum im Osten. Ganz abgesehen von solchen Fragen gewinnt der Zweite Weltkrieg durch Gruchmanns Behandlung (die übrigens in den Grundzügen der Darstellung von Jacobsen, Konzeption einer Geschichte des Zweiten Weltkriegs, folgt) zum Teil neue und interessante Aspekte, ohne dass dabei das militärische Geschehen vernachlässigt worden wäre.

«Je schneller wir uns dem hundertsten Anniversarium der Reichsgründung von 1871 nähern oder gar zeitlich darüber hinauskommen, um so deutlicher wird zu erkennen sein, ob der deutsche Nationalstaat eine Episode gewesen ist oder nicht.» Es scheint, dass *Thilo Vogelsang*, Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München, mit diesem Satz aus seinem 1966 erschienenen Buch (S. 270) angesichts der Neuorientierung der deutschen Ostpolitik nicht ganz unrecht hatte. In diesem Zusammenhang ist es interessant, in dieser an Fakten reichen Darstellung (in der allerdings infolge der recht unsicheren Quellenlage grosse, übergreifende Deutungsversuche wohl bewusst fehlen) nachzulesen, in welcher erstaunlich kurzer Zeit es infolge der Zielstrebigkeit Stalins und der vorübergehenden Führungs- und Ziellosigkeit des Westens am Ende des Zweiten Weltkriegs zu dieser während zwanzig Jahren praktisch kaum veränderten Situation in Mitteleuropa gekommen ist und wie die nicht miteinander zu vereinbarenden politischen Interessen der beiden Machtblöcke wie der beiden Deutschland jede politische Lösung auszuschliessen schienen. Diese Situation hatte für die Bundesrepublik eine starre und passive Deutschlandpolitik ohne Raum für echte Initiativen zur Folge, was von den Westmächten oft genug bitter bedauert wurde. Westliche Initiativen in der Deutschlandfrage wie etwa der Herter-Plan mussten, sofern sie sich nicht einfach auf Erklärungen beschränkten, der Bundesrepublik vielfach mühsam abgerungen werden. Das Buch ruft ebenfalls sehr gut in Erinnerung, wie sehr seit den ersten Nachkriegsjahren, als der Osten noch auf ein sozialistisches und entmilitarisiertes Gesamtdeutschland hoffte, das Interesse an einer Wiedervereinigung das Lager gewechselt hat und wie sich die offensive Politik der Sowjetunion sehr bald in eine Politik zur Erhaltung des Status quo wandelte. Das Hauptgewicht dieser interessanten und auch bibliographisch gut dokumentierten, der CDU nicht unfreundlichen Darstellung liegt im übrigen ganz eindeutig auf der Bundesrepublik, während die DDR eher etwas zu kurz kommt.

Das ins Deutsche übersetzte Werk von *John Lukacs* «A History of the Cold War» stellt in der dtv-«Weltgeschichte» insofern eine Verlegenheitslösung dar, als es offenbar ursprünglich angekündigte Darstellungen von Richard Löwenthal resp. Ernst Kux ersetzen soll und leider bereits viel an Aktualität eingebüsst hat, weil es sich um ein 1961 abgeschlossenes Werk handelt, das notgedrungen wesentliche Entwicklungen der Nachkriegszeit aus

einer kurzseitigeren Perspektive sieht, als dies heute möglich wäre. Von dieser Tatsache erfährt der Leser leider erstmals durch eine Anmerkung auf Seite 125. Wenn Lukacs sich im wesentlichen mit dem Kalten Krieg befasst und dabei sich selbst von der Argumentation des Kalten Krieges nicht immer befreien kann, legt er doch starkes Gewicht auf die Feststellung, dass Russland und Amerika die Tendenz haben, sich einander nicht nur aussenpolitisch, sondern auch innenpolitisch-gesellschaftlich anzunähern. So begründet innerhalb einer solchen Reihe die Beschränkung auf die beiden Supermächte ist, so einseitig dürfte letztlich die Reduzierung des Kalten Krieges auf das Deutschland- und Osteuropa-Problem und die weitgehende Vernachlässigung aller anderen Konfliktherde ausserhalb Europas sein. Fragwürdig ist wohl auch die strenge Zweiteilung, nämlich die Trennung der «Geschichtsschronik von der Geschichtsanalyse». In beiden Teilen, besonders aber im weit ausholenden zweiten Teil über die sozialen, politischen und geistigen Tendenzen der beiden Antagonisten, wechseln interessante und treffende oft aber unbedenkliche und kaum genügend belegte Formulierungen mit allzu einfachen und weit hergeholtten Verallgemeinerungen.

Die europäische Nachkriegszeit ist nach *Wolfgang Wagner* charakterisiert durch zwei Komponenten: den Aufbruch aus dem verhängnisvollen nationalstaatlichen Denken zu föderativen Zielen einerseits und den schon allzufrüh einsetzenden restaurativen oder retardierenden Tendenzen andererseits, die den anfänglichen Elan und Idealismus in schwerwiegender Weise gebremst haben und die für Wagner in der Gestalt Charles de Gaulles personifiziert sind. Dass die Darstellung der europäischen Einigung nur etwas mehr als den zehnten Teil des ganzen Buches in Anspruch nimmt, während der Rest sich mit der Politik der westeuropäischen Nationalstaaten ohne Deutschland befasst, zeigt zur Genüge, wie stark das nationalstaatliche Denken in Europa heute noch oder schon wieder ist. Die Umwandlung der Gleichgewichts-«Pentarchie» des 19. Jahrhunderts in eine russische Hegemonie zwang die ehemaligen europäischen Grossmächte zu einem Rückzug aus belastenden und unhaltbar gewordenen kolonialpolitischen Positionen und zu einer Konzentration aller wirtschaftlichen Kräfte und begünstigte so die historisch bedeutsamen und zuvor kaum für möglich gehaltenen Resultate der europäischen Einigung. Wagner misst der Dekolonisierung indessen einen viel grösseren Einfluss auf das tägliche Leben der Westeuropäer bei als etwa der Spaltung des Kontinents und dem Kalten Krieg. Stärker als ideologische Barrieren hätten gewisse gemeinsame Entwicklungen Ost- und Westeuropa in ähnlicher Richtung beeinflusst. Wagner nennt in diesem Zusammenhang etwa die Tendenz zur staatlichen Wirtschaftslenkung und zum Wohlfahrtsstaat, die Urbanisierung, Industrialisierung und Rationalisierung, die Hebung des intellektuellen Niveaus, die Verkürzung der Arbeitszeit und die zunehmende Bedeutung der Massenmedien. Grundströmungen speziell der westeuropäischen Nachkriegspolitik sind nach Wagner etwa der sinkende Einfluss der traditionellen Parteien, die zunehmende Macht der Exekutive



auf Kosten des Parlaments und damit die «Erosion der Demokratie», die Nivellierung der politischen Ideen und als Ersatz dafür die «neue Religion» der Leistungsgesellschaft. Gefahren für die Zukunft Europas dagegen liegen in erster Linie in der Hilflosigkeit gegenüber dem steigenden Nord-Süd-Gefälle und in der von Wagner konstatierten Tendenz zu einer «einzigsten grossen Schweiz» mit bedeutendem wirtschaftlichem Potential, aber geringem und schlecht koordiniertem politischen Einfluss auf die Weltpolitik.

Wettingen

Rudolf Schläpfer

ALAN S. MILWARD, *The New Order and the French Economy*. Oxford, Clarendon Press, 1970. XI/320 p., Fig., Tab., Maps.

Milward hat sich bereits mit seiner Untersuchung «Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945» (engl. 1965, dt. 1966) als genauer Kenner der Materie und als Pionier in der Erforschung der wirtschaftlichen Aspekte des Nationalsozialismus erwiesen. Im vorliegenden Werk verfolgt er das Ziel, die Diskussion über die Natur des Faschismus dadurch zu erweitern, dass er die Rolle untersucht, die Frankreich gemäss den deutschen Vorstellungen in der sog. «Neuordnung» Europas (von 1940–44) in wirtschaftlicher Hinsicht einnahm oder doch hätte einnehmen sollen. Während die nationalsozialistische «Grossraumordnung» auf der rücksichtslosen Ausbeutung der besetzten Ostgebiete beruhte, war Frankreich im Prinzip vorerst die Stellung eines beschränkt souveränen Staates mit sehr enger, auf die deutschen Bedürfnisse ausgerichteten wirtschaftlichen Kollaboration zugeordnet. Das besondere Verdienst des Buches ist es, diese in den Grundzügen unbestrittenen Tatsachen durch die konkrete Einzelforschung in bezug auf Frankreichs Rolle genauer zu belegen.

Die sehr eingehende Arbeit – gelegentlich ist es für den Leser wegen der Fülle der Details und dem Hang des Autors zu Exkursen etwas schwierig, den Faden nicht zu verlieren – basiert zum grössten Teil auf unveröffentlichtem Material aus deutschen, englischen und amerikanischen Archiven; die französischen Akten waren dem Autor wegen der 50jährigen Sperrfrist nicht zugänglich. Nach einem einleitenden historischen Exkurs über liberale und faschistische Theorien zur «Rentabilität» von Eroberungen stellt Milward dar, inwiefern Frankreichs Wirtschaft für das kriegführende Deutschland interessant war: als Lieferant von Eisenerz und von Bauxit sowie für den Bau von Flugzeugen. Die nach dem französischen Zusammenbruch geschaffene deutsche «Waffenstillstands-Delegation für Wirtschaft» unter der Leitung des gewiegteten Unterhändlers Hans Hemmen setzte in teils durch diktatorische Haltung, teils durch echte Verhandlungen zustandekommenen Abmachungen fest, welche finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Frankreich zu erfüllen hatte. Das Resultat war nach Milward «a curious compromise between Germany's previous economic and trading policies and the desire for booty from the vanquished enemy» (p. 76). Während